

# «Wir können uns punkto Rentenalter flexible Lösungen leisten!»

**SP-Nationalrat Max Chopard-Acklin ist überzeugt von der Notwendigkeit und Chancen des schrittweisen Atomausstiegs. Der Gewerkschaftssekretär der Unia Aargau über die manchmal allzu kurzsichtige Personalpolitik, warum er gegen eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 ist, und wie die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit im Aargau vorbeugend besser in den Griff zu bekommen wäre.**

Aare Zeitung: Max Chopard-Acklin, die Schweiz will sich als Standort für die Entwicklung zukunftsweisender Technologien profilieren. Dem Bundesrat wird vorgeworfen, in energiepolitischen Debatten je nach Opportunität und Publikum die Meinung zu wechseln, um gut dazustehen. Empfinden Sie das auch so?  
 Max Chopard-Acklin: Am 25. Mai 2011 verkündete der Bundesrat den schrittweisen Atomausstieg. Das gilt, die eidgenössischen Räte haben diesen Grundsatzentscheid klar bestätigt. Jetzt geht es darum, die Herausforderungen der Energiewende aktiv anzupacken. Es braucht mehr Investitionen in die Energieeffizienz und in erneuerbare Energien. Das Wissen und die Technologien dazu sind heute vorhanden. Die Energiewende ist auch eine Chance für die Wirtschaft. Diese Investitionen schaffen Arbeitsplätze, ohne kommenden Generationen Hochrisikoabfälle zu hinterlassen. Und vergessen wir nicht: Unabhängig davon, was jeweils in Tschernobyl oder Fukushima zur negativen Kettenreaktion führte: Dass von der Atomlobby immer wieder kleingeredetete «Restrisiko» hat innert Kürze zweimal zum Leid von Mensch und Umwelt zugeschlagen. Grosse Gebiete wurden atomar verseucht. Stellen Sie sich vor, was eine solche Katastrophe in der kleinen und dicht besiedelten Schweiz bedeuten würde.

In der Volksabstimmung vom 23. September 2012 wird über die Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» entschieden. Rentnerinnen und Rentner, die in ihren eigenen vier Wänden leben, sollen die Möglichkeit erhalten, sich gegen die Besteue-



Max Chopard-Acklin an seinem Arbeitsplatz bei der Gewerkschaft Unia (Bild: zvg)

rung des Eigenmietwerts zu entscheiden. Erachten Sie diese Initiative als sinnvoll?  
 Die Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» schafft Steuerprivilegien für Einzelne. Mit einer Wahlmöglichkeit bei der Wohneigentumsbesteuerung würden Rentnerinnen und Rentner gegenüber anderen Wohneigentümern und Mietenden steuerlich einseitig bevorzugt. Dies ist ungerecht. Bundesrat und Parlament empfehlen ein Nein.

Am 21. Oktober 2012 finden Grossratswahlen statt. Wie stark macht sich die SP dafür im Kanton?

Stark: Die SP tritt in allen 11 Bezirken mit vollständigen Listen an. 140 Aargauerinnen und Aargauer stellen sich auf Liste 2 für die Wahl in den Grossen Rat zur Verfügung. Dazu kommt unser ausgezeichnete Kandidat für die gleichzeitig stattfindenden Regierungsratswahlen: Urs Hofmann. Wir sind gut aufgestellt, nicht nur personell, auch thematisch. Die SP steht für eine soziale und ökologische Schweiz für alle.

Sie engagieren sich vor allem auch für die Rechte von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Viele Menschen

zwischen 50 und 60 finden aus Altersgründen keinen Job mehr. Gleichzeitig diskutiert man über die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre. Sehen Sie in diesem verfahrenen Szenario Lösungsmöglichkeiten?

Dieser Widerspruch ist tatsächlich frappant. Es ist traurig zu sehen, dass es Personalverantwortliche gibt, die über 50-jährige Mitarbeitende nach 20 bis 30 Jahren Betriebszugehörigkeit ohne Not abservieren. Leider kenne ich solche Beispiele aus meinem Berufsalltag als Gewerkschaftssekretär. Diese Personalpolitik ist kurzsichtig, schadet dem Firmenimage und wirkt sich erfahrungsgemäss über kurz- oder lang nachteilig für die Unternehmung aus.

Zur Frage des Rentenalters: Statt einer generellen Erhöhung des Rentenalters braucht es eine für alle bezahlbare, flexible Lösung, die einen Ruhestand in Würde ermöglicht. Wir können uns dies auch leisten. Die AHV-Rechnung weist entgegen den Prognosen seit Jahren Milliardenüberschüsse aus.

Die Schweiz zählt mittlerweile rund 8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner – und es sollen noch mehr werden. 80 Prozent des Bevölke-

rungswachstums sind auf den Wanderungssaldo zurückzuführen. Der Ausländeranteil der Schweiz liegt bei 22 %. Wie viel «Dichte» verträgt die Schweiz noch punkto öffentlichem/privatem Verkehr, Arbeitsplätze etc.? Die Frage kann man kaum mit einer Fixzahl beantworten. Entscheidend ist, dass eine gesamtheitliche Politik gemacht wird. Es muss uns gelingen, die Interessen von Menschen, Wirtschaft und Umwelt unter einen Hut zu bringen. Vorhandene Bauzonen müssen durch verdichtetes Bauen besser genutzt werden. Der Öffentliche Verkehr ist effizient und muss ausgebaut werden. Ein Kapazitätsengpass besteht z. Bsp. auf der Achse Olten-Aarau-Zürich. Ich habe dieses Problem in Bern schon mehrfach angesprochen. Zudem wünsche ich mir, dass die Arbeitgeber bei der Personalrekrutierung wieder vermehrt darauf achten würden, dass ihr Personal in Arbeitsplätzen nahe wohnt. Kürzere Arbeitswege entlasten die Verkehrsinfrastrukturen und senken die Umweltbelastung.

Viele Lehrstellen – vor allem in nicht kaufmännischen Berufen – sind unbesetzt. Das bringt Betrieben Proble-

me weil einerseits günstige Arbeitskräfte fehlen und später ausgebildete Fachkräfte fehlen. Wie sieht die Situation im Aargau aus und was müsste dagegen unternommen werden?

Im Aargau haben wir ein durchzogenes Bild. Im Juli 2012 hat die Jugendarbeitslosigkeit wieder zugenommen. Aktuell sind über 1300 Jugendliche als erwerbslos registriert. Besonders markant ist die Zunahme bei den unter 20-jährigen Personen: insgesamt 317 oder 117 mehr als im Vormonat waren Ende Juli arbeitslos gemeldet. Bei den 20- bis 24-Jährigen stieg die Arbeitslosigkeit auf 1042 Personen an. Der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit hängt mit dem Ende der Schul- und Lehrjahre zusammen. Diese Zahlen zeigen, dass es bei der Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt nach wie vor Probleme gibt. Es gibt noch immer Branchen, in denen ein Mangel an Ausbildungsplätzen besteht. Andernorts machen sich bereits die geburtenschwächeren Jahrgänge bemerkbar. Insbesondere in jenen Branchen, in denen es wirtschaftlich gut läuft. Unabhängig davon, wie sich die Situation weiterentwickelt: Es braucht auf jeden Fall attraktive Ausbildungs- und Zukunftsperspektiven für junge Leute. Das duale Berufsbildungssystem in der Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte und hat sich bewährt. Dem müssen wir Sorge tragen.

Ihr Vater Max Chopard senior war von 1969 bis 1987 im Nationalrat. Sie sind 2009 in den Nationalrat nachgerückt. Haben Sie Ideale Ihres Vaters übernommen? Wenn ja – welche?

Mit meinem Engagement für faire Anstellungsbedingungen und gute Sozialversicherungen stehe ich ganz in der Tradition meines Vaters.

Interview: Ursula Burgherr

Max Chopard-Acklin ist Sozialdemokrat und Gewerkschafter. Er vertritt den Aargau seit 2009 im Nationalrat und ist Mitglied der Kommission für Verkehr- und Fernmeldewesen. Seine politischen Schwerpunkte liegen im Sozial- und Umweltbereich.